

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und kostet 10 Pfennig. Der Abonnementpreis beträgt für sechs Monate 50 Pfennig, für ein Jahr 100 Pfennig. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennig. Die „Freiheit“ wird in allen Buchhandlungen und Postämtern zum Verkauf angeboten. Bestellen Sie bei den Buchhändlern oder bei der Expedition in Berlin, Wilhelmstr. 19 III. Preis pro Nummer 10 Pfennig.

Die „Freiheit“ wird in allen Buchhandlungen und Postämtern zum Verkauf angeboten. Bestellen Sie bei den Buchhändlern oder bei der Expedition in Berlin, Wilhelmstr. 19 III. Preis pro Nummer 10 Pfennig.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Stärkung der Gegenrevolution.

## Die Bewaffnung des Bürgertums.

Wir veröffentlichen im nachstehenden ein vertrauliches Zirkular des Bürgerrats von Groß-Berlin, das gegenwärtig in Berlin verfaßt wird. Es hat folgenden Wortlaut:

Bürgerrat von Groß-Berlin. Vertraulich.  
St./Sch. Ref. III/S. 403.

Die Ihnen nicht unbekannt geblieben sein dürfte, hat sich bei Beginn der Revolution in Bürgererrat in Groß-Berlin gebildet, welcher sich im Sinne der vielen Sachverständigen hinsichtlich der Gleichberechtigung des Bürgertums im neuen Deutschland unter Ausschließung aller parteipolitischen und konfessionellen Bestrebungen, für die Abwehr der seitens des Sozialismus und der Entente drohenden wirtschaftlichen Gefahren, zur den unbedingten Schutz des Eigentums gegen gewalttätige, bolschewistische und andere gewalttätige Eingriffe sowie für die Unterlassung aller, die Grundlagen produktiver Wirtschaft umschaltenden Maßregeln befaßt hat.

Auch für die Zukunft werden dem Bürgerrat, der auch eine Zusammenfassung der in mehr als 400 Städten des Reiches bestehenden Bürgererräte in einen Reichsbürgerrat erreicht hat, wichtige Aufgaben erwachsen.

Die Notwendigkeit der Durch-Politisierung des Bürgertums und die Schaffung einer politischen Gesamtschicht vor demselben bleibt nach wie vor bestehen angesichts des Umstandes, daß die sozialdemokratische Partei ihrerseits in ihren Gemeinwesen eine außerordentlich starke genossenschaftlich-zukunftsorientierte Organisation besitzt, mit dieser im wesentlichen wirtschaftliche Ziele verfolgt und im schärfsten Gegensatz zu den Interessen des Bürgertums in seiner Gesamtheit steht.

Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß wir im Augenblick im Begriff sind, Hand in Hand mit den Regierungstruppen eine bewaffnete Bürgerwehr einzurichten, eine Maßnahme, die mit Hilfe der Organisation des Reichsbürgerrates auch auf andere Städte des Reiches ausgedehnt werden soll.

Wir gestalten uns daher die ergebenste Bitte an Sie zu richten, unsere Bestrebungen durch eine größere Beitragsleistung unterstützen zu wollen, da für die Erfüllung der obengenannten Aufgaben erhebliche Aufwendungen zu machen sind.

Eingekaufungen und Ueberweisungen, auch in Kriesscheine, bitten wir an die Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin, auf das Konto unter der Aufsicht, Herrn Konsul E. Ratz, No. 7, Charlottenstr. 41/45, leisten zu wollen.

Für gefl. Anzeige über ergangene Ueberweisungen an die Adresse unseres Vorsitzenden wären wir dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Finanz-Ausschuß  
Unterschrift unleserlich.

Das Dokument gewährt ganz interessante Einblicke. Insbesondere verdient die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr, die Hand in Hand mit den Regierungstruppen sich vollzieht, die ernsteste Aufmerksamkeit. Unterdessen sorgt die Regierung Scheidemann für die möglichste restlose Entwaffnung der Arbeiter. So wird dafür gesorgt, daß alle Macht der Gegenrevolution in die Hände geipelt, die Revolution möglichst machtlos gemacht wird.

## Zu spät!

Reichswehrminister Noske erläßt folgende Bekanntmachung: Die militärischen Maßnahmen in Groß-Berlin sind zum Abschluß gelangt. Die Kämpfe haben aufgehört. Deshalb hebt ich den Befehl vom 9. d. M. auf, wonach zu erscheinen sei, wer mit Waffen gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß Ordnung und Sicherheit nicht mehr gefährdet werden.

Die Aufhebung des ungesetzlichen Standrechtsbefehles Noskes, der von uns sofort nach Erlass gefordert wurde, kommt zu spät. Aus Grund dieses Befehles sind zahlreiche Personen getötet worden. Eine öffentliche Unter- suchung muß diese Gräueltaten restlos aufklären. Die Täter und ihre Auftraggeber sind zur schärfsten Verantwortung zu ziehen.

Die Aufhebung des Befehles ist ungenügend. Wie steht es mit der Aufhebung des Befehles der Garde-Regiment-Division, wonach Leute, in deren Wohnun- gen Waffen gefunden werden, sofort zu erschießen sind?

Auch auf Grund dieses Befehles wurde eine Reihe von Erschießungen verübt, die strengste Sühne heißen. Das ganze Treiben, gegen das sich in immer steigendem Maße die allgemeine Bevölkerung wendet, wird abgedeckt durch den Belagerungszustand. Dieser Belagerungszustand muß zähleunig aufgehoben werden. Eher wird das Blutvergießen in Berlin sein Ende nehmen.

## Offiziere und Bauklers.

München, 16. März. (W. L. V.) Der hiesigen Polizei ist es gelungen, unter Mitwirkung des Ministeriums für militärische Angelegenheiten und der Stadtkommandantur in den letzten Tagen einen weitverbreitet angelegten Versuch von Spioneleuten von Seeresgut in Höhe von mehreren Millionen Mark auf die Spur zu kommen. Es wurde eine große Anzahl von Personen — man spricht von 26 —, darunter Offiziere, Intendanturbeamte, Bankiers, Kaufleute usw., in Haft genommen, bevor noch der Versuch gelang.

## Ein Rechtssozialist als Hezer.

Der Rechtssozialist Hofmeister, der sich seinerzeit schon durch seine ablehne Haltung gegen die A- und S-Räte verächtlich gemacht hat, schreibt in seinen „Pol. Parlament. Nachr.“:

Von zukünftiger Stelle erfahren wir: Von militärischer Seite ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß die von den spionistischen Streitkräften in den Straßenkämpfen vielfach an den Tag gelegte Geschicklichkeit und willkürliche Beweglichkeit in der Verwendung von Leuten und Waffen zweifellos einer einheitlichen und geschulten militärischen Leitung entspringe, die an einen geschulten Offizier denken läßt. Sofort ausgesprochene Untersuchungen deuteten darauf hin, daß dieser Offizier in der Person des ehemaligen Generalstabschefs von Weersfelde, der seinerzeit durch Weiterverbreitung der Denkschrift des Fürsten Ljapunow viel von sich reden machte, zu finden sei. Inzwischen hat sich der von Weersfelde selbst zuerst geäußerte Verdacht, Hauptmann von Weersfelde sei der Führer der revolutionären Kommunisten, noch wesentlich verstärkt. Es haben sich von drei oder vier verschiedenen Seiten Leute gemeldet, die Weersfelde zuverlässig kennen wollen und ihn als Mann für spionistische Arbeit erkannt zu haben glauben. Wenn auch selbstverständlich diese Aussagen nicht voll beweiskräftig sind, so spricht doch eine ziemliche Wahrscheinlichkeit dafür, daß Herr von Weersfelde als Leiter der militärischen Organisation der S-R. in Frage kommt. Weitere Recherchen werden hierüber sehr bald endgültige Klarheit schaffen.

Selbst der „Vorwärts“ hatte die Meldung bei ihrem ersten Auftreten als ungläubig bezeichnet. Das hält den miserablen Barischen nicht ab, eine Notiz zu verbreiten, von der er genau weiß, daß sie unter den heutigen Verhältnissen wie eine Anklage zum Wort wirken muß. Herr v. Weersfelde hat sich durch die Veröffentlichung der Ljapunow-Denkschrift und durch eine Reihe Flugblätter gegen die Regierung den wütenden Haß gewisser Offizierskreise zugezogen. Es ist zwar bekannt, daß er keineswegs Spionist ist, sondern die Gewaltanwendung überhaupt vermißt. Zut nicht, er wird zum Spionisten, ja sogar zu ihrem Führer gekürt, um ihn festzunehmen zu können und dann den berühmten Blutvergieß machen zu lassen. Und dazu gibt sich ein Rechtssozialistischer Journalist her. Sui Teufel!

In derselben Angelegenheit geht uns von Herrn Hauptmann von Weersfelde folgende Erklärung zu:

„Das Freikorps Hülsen hat sich veranlaßt gesehen, die Presse mitzuteilen, daß es in der Tat existiert“ sei, ich hätte die Führung eines Abchnittes der Spartakusfront in der Franzfurter Allee in Händen“ gehabt.

Ich erkläre hiermit, daß diese unwürdige Behauptung wiederum tatsächliche Grundzüge enthält. Das Freikorps Hülsen wird veranlaßt werden, die wahre Sachlage anzuklären.

Rein geistiger Kampf für die Aufhebung der Wahrheit über das ungeheure Menschenverbrechen, der Herbeiführung und Fortführung des Weltkrieges bis zum völligen deutschen Zusammenbruch und gegen die bis heute maßlose Verlogenheit und Ungerechtigkeit unserer gesamten Politik scheint für gewisse Stellen ausreichend Veranlassung für ein in seinen Einzelheiten geradezu ungeheuerliches Vorgehen gegen mich mit Verleumdungen, Lockbitten und Gewalt zu sein. Es ist die höchste Zeit, daß sich die deutsche Öffentlichkeit einmütig gegen die Lügenhaftigkeit, die unter uns herrscht, und Volk gegen Volk hebt, wendet. Sonst sind wir verloren.“

## Innerer Präventivkrieg.

In der Zeit vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren war in den deutschen militaristischen Kreisen die Idee eines Präventivkrieges außerst populär. Die ganze Rüstungspolitik, die schließlich im Weltkrieg ausmündete, war vor dem Gedanken getragen, daß Deutschland im Verein mit seinen Verbündeten militärisch so stark werden müsse, um in einem beliebigen Augenblick gegen die Entente loszuschlagen, ehe diese in ihrem Rüstungswettkampf mit Deutschland zu stark werden würde.

Diese Methode des äußeren Präventivkrieges wurde schon seit Monaten auch in der inneren Politik Deutschlands angewandt. Diefelbe Denkweise, dieselben Klassengedanken, die letzten Endes den Weltkrieg heraufbeschworen, liegen dem blutigen Bürgerkrieg zugrunde, der systematisch von den Gewaltmenschen des alten Regimes vorbereitet und entfacht wird. Galt es früher, der deutschen Raubpolitik in der Welt freie Bahn zu verschaffen, um den deutschen Junkern, den deutschen Kapitalisten über die anderen Völker triumphieren zu lassen, so gilt es jetzt, die Gefahr abzuwenden, die der Junker- und Kapitalistenherrschaft im Innern von der revolutionären Arbeiterklasse droht.

Nach dem völligen Zusammenbruch der deutschen Kriegspolitik und dem Sieg des ausländischen Volkes über das alte System war es klar, daß eine Rückkehr zu den früheren Formen des politischen und sozialen Daseins unmöglich war.

Die bestehenden Klassen gaben indes ihr Spiel keineswegs verloren. Mit der Fähigkeit und dem Selbstbewußtsein, die allen herrschenden Klassen von jeher zu eigen gewesen, mochten sie sich sofort ans Werk, um aus dem Zusammenbruch aller ihrer Welterschließungspläne, aus der Katastrophe des militaristisch-kapitalistischen Deutschlands das Wichtigste zu retten, was ihnen am Herzen lag: die Herrschaft des kapitalistischen Systems, die sozialen Vorrechte des Besitzes.

Jetzt, im fünften Monat der deutschen Revolution, muß festgestellt werden, daß die zähe Wankursarbeit der bestehenden Klassen bereits recht weitestgehende Erfolge für die Gegenrevolution gezeitigt hat. Dank dem unseligen Einfluß, den die rechtssozialistischen Führer noch immer auf einen Teil des Proletariats ausüben, ist die Zerrissenheit der arbeitenden Massen verewigt worden, die einzig und geschlossen einen unbefugbaren Wall dargestellt hätten. Wie immer haben es die bestehenden Klassen verstanden, ihre Machtposition mit fremden Händen zu besetzen. Selbst als kleine Minderheit ohnmächtig, haben sie es auch dieses Mal verstanden, sich durch die rechtssozialistischen Führer einen Teil des Proletariats dienstbar zu machen, ihn fortzuführen von der Bahn der revolutionären Politik, ihn in den Kampf zu treiben gegen jene Proletarier, deren politischer Einsicht es nicht verborgen bleiben konnte, daß die Fortführung der schmeißelhaften Politik der Ebert und Scheidemann schlimmer sei als die offene Aufrechterhaltung der bürgerlichen Konterrevolution.

Gegen diesen Teil des deutschen Proletariats wird nun schon seit Monaten ein raffinierter Präventivkrieg geführt. Da es offensichtlich ist, daß die einmal er- wachten arbeitenden Massen sich nicht gutwillig unter das Joch des kapitalistischen Obrigkeitsstaates beugen und ihre sozialistischen Endziele preisgeben werden, erscheint es der Gegenrevolution notwendig, der Erstarkung des revolutionären Willens der Massen durch kräftige Aberlässe vorzubeugen. Eine frühzeitig auf die Straße gelockte Bewegung ist immer weniger gefährlich, als eine aus den Tiefen kommende, organisatorisch vorbereitete, von einheitlichem Willen befehlte Bewegung der großen Masse. Und sie ist namentlich dann wenig gefährlich, wenn die Stumpfheit und Dummheit in breiten Bevölkerungskreisen noch so groß ist, daß jede Lüge, jede Verleumdung, jede Höhe der Herrschenden noch immer Anklang findet und nicht fortgesetzt wird von der höheren politischen Einsicht eines zum Bewußtsein seiner revolutionären Pflichten erwachten Volkes.

Seit Ende Dezember, d. h. seit dem Uebergange der Regierung in die Hände der Rechtssozialisten, sehen wir in immer stärkerer Maße alle Elemente einer Politik hervortreten, die unter dem Vorwand der Sicherung der „Demokratie“, der Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ durch ihr provokatorisches Vorgehen die pulschäftigen Reigungen einer kleinen Minderheit fördert, um dann, gestützt auf wirkliche oder erlogene Ausdeutungen, einen wahren



**Streikung gegen die arbeitenden Massen zu unternehmen.** Sie immer mehr steigend und immer schärfer Normen annehmend, ist die Politik schließlich in einen offenen Präventivkrieg gegen das Proletariat ausgeartet. Die Kämpfe des Januar in Berlin, die Kämpfe gegen Bremen, gegen das Ruhrgebiet, gegen Mitteldeutschland und endlich die letzten Schlächte, oder richtiger Umschlachtungen in Berlin sind nur Etappen dieses mit unbarbarischer Grausamkeit geführten Krieges.

Dieselben Gewaltmenschen, die den Präventivkrieg Wilhelms II. gegen die Entente geführt, führen ihn auch jetzt in den Straßen der deutschen Städte gegen das arbeitende Volk. Es ändert nichts an dieser Tatsache, daß dieser Krieg unter der Firma Kämpfe, des „Kampfes Mannes“ der rechtssozialistischen Regierung, geführt wird. Hat ihm doch selbst ein Oberbürgermann attestiert, daß er keinem Herzen näher liegt, als die Berater Wilhelms II., deren Brutalität an die Rostes nicht heranreicht. Dieselben Brutalitäten gegen eine wehrlose Bevölkerung, die den deutschen Namen in der ganzen Welt prächtlich gemacht und die glühenden Hoffnungen in die Herzen der gereinigten Bevölkerung in Belgien, Nordfrankreich, Polen, Litauen, Serbien, Rumänien — all das wird jetzt gegenüber dem eigenen Volke angewandt zur höheren Ehre der von einer rechtssozialistischen Regierung proklamierten Ehrenpflicht.

Doch wie viele Methoden nicht vermocht haben, den Präventivkrieg der deutschen Imperialisten gegen die äußeren Feinde zum Siege zu führen, so vermögen sie auch im inneren Kriege des konterrevolutionären Bürgertums gegen das sozialistische Proletariat keine Erfolge zu zeitigen. Sie weichen vielmehr immer breitere Kreise des Volkes gegen die Träger eines Systems auf, das zu dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch noch die dauernde Anarchie und den Bürgerkrieg mit sich bringt.

Wir gehören nicht zu denen, die in der Anarchie und dem Bürgerkrieg etwas Lebensreiches erblicken. Wohl durch sie die Elemente des schließlichen Endkampfes des Proletariats geschaffen würden. Wir sind vielmehr mit aller Kraft bestrebt die Elemente der revolutionären sozialistischen Umgestaltung Deutschlands zu organisatorischem Zusammenwachsen zusammenzufassen, sie zu vereinigen durch eine fanatisch einseitige Politik, die ihre Wurzeln in der unaufhaltbaren Massenbewegung des sozialistischen Proletariats hat. Doch wenn diese Massenbewegung immer wieder von ihrem eigentlichen Wege ablenkt und in das Chaos des Bürgerkriegs und der Anarchie getrieben wird, so laßt das nicht an uns, sondern an ihnen, die die Anarchie und den Bürgerkrieg wollen, weil sie ihn für weniger gefährlich halten, als den stets aufsteigenden Strom der proletarischen Massenbewegung, der über die Köpfe der rechtssozialistischen Führer hinweg der Bewirklichung der sozialistischen Ziele und der endgültigen Sicherung der Revolution zutreibt.

Die Führer des inneren Präventivkrieges sind es, die die Anarchie und den Bürgerkrieg als die Herrschaft des Kapitals vor dem sozialistischen Proletariat zu sichern. Sie spielen ein gewisses Spiel. Denn der innere Präventivkrieg wird nicht anders angedacht als der äußere. Er wird, er muß ebenso wie im äußeren Kriege mit dem Anlaufdruck enden. Er wird das unaufhaltbare Stadium der Volkshetze nicht aufhalten, die an den Verfall des Kapitalismus im Weltkrieg seine Befestigung durch den Sozialismus findet. Was er aber zeitigen wird, ist die größere Erbitterung, die größere Schärfe des Kampfes. An die Stelle einer friedlichen Umgestaltung im Reich des Sozialismus — Raub und Mord und blutiger Bürgerkrieg. Das Proletariat will diese Methoden nicht. Das Volk, das versprochen wurde und versprochen werden wird, läßt nicht auf seine Rechnung, sondern auf die Rechnung derjenigen, die den Sozialismus absummen möchten, wenn sie das Proletariat zu blutigen Bürgerkriegen durcheinander bringen.

### Die Untersuchungskommission.

Unsere Genossen in der Landesversammlung haben bekanntlich zur Untersuchung der Berliner Unruhen die Einsetzung einer Kommission beantragt. Diese soll natürlich — nach einem anderen von unseren Genossen zur Aufnahme in der Verfassung gestellten Antrag — das Recht haben, Zeugen eidlich zu vernahmen und von allen Staatsbehörden Auskunft zu verlangen. Nur eine mit solchen Rechten ausgestattete Kommission kann wirklich die Wahrheit ermitteln.

Jetzt fordern auch die Rechtssozialisten die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Aber wie soll sie aufstellen? Sie soll gemäß der altährwürdigen preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850 (1) und demnach nur „beihilfliche Information“ geben? Wenn eine solche Kommission hat nicht einmal ohne weiteres das Recht, die Staatsbehörden um Vernehmungen und Beweisaufnahmen zu ersuchen. Was wollen auch die Herren Rechtssozialisten gar nicht! Sie selbst sagen in ihrem Antrag, daß die Kommission nur berechtigt sein soll, von dem Justiz- und Kriegsminister gerichtliche Akten einzufordern. Also nur die Akten und nur die Gerichtsakten! Nicht die Akten der Staatsanwaltschaft! Nicht die Akten der Verwaltungsbehörden!

Die Weisheit der Rechtssozialisten tritt aber noch klarer hervor in ihrem Verzicht auf das Recht der Kommission, Zeugen eidlich zu vernahmen. Ohne dies Recht ist die Kommission völlig machtlos und nur in jeder Hinsicht zur Verdeckung der Machtlosigkeit des Parlaments. Und die Rechtssozialisten bieten ihre Hand dazu!

### Die Schuldschieber.

Die „Germania“ zählt in einem festgedruckten Artikel die Verdrüßungen auf, die durch die Straßenkämpfe im Berliner Osten angerichtet worden sind. An allen Schäden tragen noch die „Germania“ die Sozialisten und die Unschuldigen die Schuld. Die unmaßgeblichen Verdrüßungen der „Germania“ passen durchaus in den Rahmen der Hebe, die von allen Seiten gegen uns unternommen wird. Wir haben mit Parisien nichts gemein, haben uns von jeder Seite her gewandt und brauchen dies vorankündigen politischen Genossen kaum noch zu betonen. Aber in der angegebenen Weise liegt System. Man kennt die steigenden Erfolge in ihrer Partei, man fürchtet sich vor der Durchführung des Sozialismus, für die wir mit aller Wirklichkeit eintraten. Deshalb die ganze Hebe, deshalb der ganze Doh, der gegen uns geschickt wird.

Die durch den Kuffhand herbeigeführten Verdrüßungen sind auf die tiefste zu bringen. Mehr noch als der an Ostern ange-

richtete Schaden Kummer und der Verlust an Menschenleben. Die meisten der gefallenen Opfer waren unschuldig. Sie wurden Verorteten durch die sinnlose Schießerei der Regimentsstruppen, durch das verhängnisvolle Standrecht und den noch verhängnisvolleren Befehl der Gardepalastregimente. Schändendivision, der die Ermordung derjenigen Personen anordnete, bei denen man lediglich eine Waffe fand.

Was die Verdrüßungen an totem Gut anbelangt, so steht fest, daß auch hier die Regimentsstruppen durch ihr planloses Vorgehen die Hauptlast an den verurteilten Schäden tragen. Man blickt den Russen eine umfangreiche Artillerie an, um damit den Mißbrauch an Artilleriegeschossen und Mienen, die von den Regimentsstruppen gegen die Gebäude geschleudert wurden, zu rechtfertigen. Wir stellen nach einmal fest, daß die Regimentsstruppen offiziell bisher nur die Erbeutung eines Wertgegenstandes gemeldet haben. Hätten sie außerdem noch Schätze erbeutet, so hätten sie diese Beute sicher in großspuriger Weise gemeldet.

Nun kommt man sich der angerichteten Schäden und um die Schuld daran nicht trennen zu müssen, schiebt man sie einzig und allein den Russen zu.

## Das Lebensmittelabkommen.

In Ergänzung unserer vorläufigen Meldung geben wir heute den amtlichen Bericht über das in Brüssel getroffene Lebensmittelabkommen:

Berlin, 15. März. Die Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, über deren Finanzierung und über die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte, sind nach zweitägigen Verhandlungen in Brüssel heute unterzeichnet worden.

Nach den Vereinbarungen über die Lebensmittelversorgung soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen, und sobald die Bezahlung getreidelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 370 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiter das Recht, monatlich bis zu 70 000 Tonnen Getreide und 300 000 Tonnen Brotgetreide oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika und den Ländern der Entente, sondern auch aus neutralen Staaten. Die Einfuhr von Jüden aus Hängen in europäischen Gewässern und die Einfuhr von Gemüsen soll hierbei nicht in Anspruch gebracht werden. Die Einfuhrbedingungen hinsichtlich des Fischfangs in der Ostsee werden sofort aufgehoben. Die Bezahlung soll für jede Lieferung im Voraus erfolgen. Die Versorgung des lutherischen Gebietes soll in gleicher Weise wie die des rechtsrheinischen Gebietes erfolgen. Die deutsche Regierung soll ferner die Verschiffung über deutsche Häfen und das Zuland nach Lissabon, Lissabon und Cesjoreich gestatten. Um die Lebensmittelbeschaffung zu ermöglichen, werden die assoziierten Regierungen den Verkehr nach dem Ausland für Deutschland erleichtern. In Belgien soll eine holländische Kommission die kaufmännischen und sanitären Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben, regeln.

Die nach Deutschland eingeführten Waren müssen bar bezahlt werden, wobei Zahlungen in Reichsmark ausreichen. Für die Bezahlung kommen in Betracht die Erträge von Ausfuhren aus Deutschland sowie Zahlung in deutschen Schillingen in neutralen Häfen, Kredit in neutralen Ländern, Verkauf oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere und Anleihen, ferner deutsche Schiffe und schließlich Gold, das als provisorische Sicherheit für die Schiffe dient. Da die assoziierten Regierungen über 270 000 Tonnen hinaus keine Lieferungsverpflichtungen übernehmen und nur eine Einfuhrkontingente von je 370 000 Tonnen monatlich geben, muß Deutschland damit rechnen, den Verlust zu machen, einen nicht unerheblichen Teil der Lebensmittelteil von den Neutralen zu kaufen. Es sind daher Bestimmungen über die Ausfuhr nach neutralen Ländern und die Verwertung von Gold und ausländischen Wertpapieren für die Bezahlung der Lebensmittelteilnahme auf neutralen Ländern getroffen worden. Die Bestimmungen über den Verkehr mit neutralen Ländern, insbesondere die Ausfuhren und den Transport, werden verschiedene Klauseln, insbesondere werden die assoziierten Regierungen Listen über Waren, deren Ausfuhr verboten ist, einreichen; auch ist das System der schwarzen Listen in den neutralen Ländern noch nicht aufgehoben, obgleich deren Milderung erwogen wird.

Die assoziierten Regierungen haben entscheidenden Wert darauf gelegt, daß Deutschland die Lebensmittelteilnahme möglichst durch Ausfuhren finanziert. Es ist daher bestimmt worden, daß, abgesehen von der Bezahlung der bereits früher fest zugesagten 270 000 Tonnen, Gold und ausländische Wertpapiere einzuweisen nur im Betrag von 200 000 000 Dollars für die Bezahlung der Lebensmittelteilnahme verwandt werden dürfen.

Ferner haben die assoziierten Regierungen, um auf die Behebung der industriellen Notlage hinzuwirken und damit auf die Wiederherstellung der inneren Ordnung in Deutschland einzuwirken, verlangt, daß die Einfuhren niemandem zulassen dürfen, der infolge eigenen Verschuldens arbeitslos ist.

Die deutsche Regierung hat sich schließlich bereit erklärt, in Brüssel ein Depot von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold zu hinterlegen, damit mit der Lieferung von Lebensmitteln sofort begonnen werden kann. Das Depot ist zurückzugeben, sobald andere Mittel bereitgestellt werden für die Lieferung der lebensnotwendigen ausländischen Wertpapiere an die assoziierten Regierungen. Es sollen von assoziierten und deutscher Seite Komittees gebildet werden, die an einem noch zu bestimmenden Platz zusammenzutreten werden. Die assoziierten Regierungen verlangen ferner, daß mit der Aufhebung ausländischer Wertpapiere sofort vorgegangen wird, was Deutschland anerkennen wurde. Durch die Bezahlung von den assoziierten Regierungen anerkannten Zahlungsmittel wird etwa nur die Hälfte der Lebensmittel zu decken sein, deren Einfuhr nach Deutschland gestattet ist. Die Frage der Bezahlung des Restes muß späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Das Abkommen über die Zurverfügungstellung der Flotte enthält die Ausführungsbestimmungen zum Trieterabkommen. Dasselbe sind einige Zusätze gemacht worden, insbesondere sind gewisse Ausnahmen, wenn auch vorläufig nur provisorisch, zugelassen. Ebenso bezieht sich der deutsche Rat und der Schiffslieferanten auf die Flotte der Deutschen in einem Sinne entschieden worden, das ein Arbeiten derselben ermöglicht.

Der wesentliche Unterschied dieser Vereinbarungen liegt darin, daß die assoziierten Regierungen nicht Deutschland die Lieferung einer bestimmten Menge von Lebensmitteln garantieren, sondern das Recht einräumen, Lebensmittel in der Höchstmenge von 370 000 Tonnen monatlich durch selbständiger Aufschlag von 25 Proz. in den neutralen oder neutralen Staaten einzuführen. Die Erhaltung der Kreditfähigkeit Deutschlands gegenüber diesen Ländern ist daher die Voraussetzung für die Möglichkeit der Erhebung der Einfuhrkontingente und deshalb ist unsere wichtigste Aufgabe jetzt die vollständige Behebung der Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen.

Das vorstehende Abkommen sichert Deutschlands Ernährung bis zur neuen Ernte. Von der Entente erhält Deutschland sofort 270 000 Tonnen Lebensmittel. Die Entente räumt ferner Deutschland das Recht ein, monatlich

bis zu 370 000 Tonnen Lebensmittel durch eigene Route im neutralen oder feindlichen Ausland einzuführen.

Erhebliche Bedenken ruft die Bedingung des Abkommens hervor, daß die eingeführten Lebensmittel niemandem zugute kommen dürfen, der infolge „eigenen Verschuldens“ arbeitslos ist. Die amtliche Darstellung über den Inhalt des Abkommens breitet sich zu versichern, daß diese Bedingung von der Entente gestellt worden ist. Wenn das zutrifft, so beweist es, daß die Kapitalisten aller Länder in dem Kampf gegen die Arbeiterklasse einig sind und herartige Bedingungen schmerzlos akzeptieren. Wir verlangen vom Reichs Ernährungsamt, daß es den Wortlaut des Abkommens sofort veröffentlicht, da es dringend erforderlich ist, daß öffentliche Arbeit über den Sinn und die Auslegung dieser sehr ansehnlichen Bestimmungen geschaffen wird.

Wenn jetzt auch feststeht, daß Deutschland Lebensmittel erhält, so wird doch noch einige Zeit vergehen, bis diese Lebensmittel in Deutschland eintrifft und verteilt werden können. Deshalb ist es eine unumgängliche Notwendigkeit, daß die knappe Nation, die gegenwärtig zur Verflistung gelangt, sofort erhöht wird. Das ist unter Jubelstimmung der in Deutschland vorhandener Bestände sehr wohl möglich.

Die Not unter der Waage der Bevölkerung ist auf höchste getrieben, die Gesundheitsverhältnisse sind bedauernd schlecht. Die Sterblichkeit und die Krankheitsfälle sind im höchsten Maße heftig und besonders bei den Kindern erschreckend groß. An den Hochschulen und in den Fabriken herrscht ein drückender Mangel an Lebensmitteln, durch den auch die Arbeitsleistung der arbeitenden Bevölkerung erheblich leidet und dauernd zurückgeht.

Wir verlangen deshalb, daß als sofort einzulebende Maßnahme eine Erhöhung der Ration der arbeitsfähigen und industriellen Bevölkerung eintritt. Sie hat unter dem Mangel an ausreichender Ernährung während der letzten 14 Jahre am allermeisten gelitten. Für sie ist deshalb die kleinste Besserung der Ernährungsbedingungen am allerdringlichsten geboten. Das Reichs Ernährungsamt darf nicht zögern, sofort Maßnahmen zu treffen, die die Erhöhung der Ration mit sofortiger Wirkung sicherstellen.

Nach dem, was bisher über die Preise der einzuführenden Lebensmittel bekannt geworden ist, ist nicht daran zu zweifeln, daß sie sehr hoch sein werden. Die Preise werden sich auf 1000 Mark stellen, also das Dreifache des Inlandspreises betragen. Hinsichtlich der Transport- und Verteilungskosten würde das Brot das Vierfache des jetzigen Inlandspreises kosten, wenn die Bevölkerung den Auslandspreis voll bezahlen müßte. Es ist aber undenkbar, daß dieser Preis von den Arbeitern, Knackstellen und Beamten getragen werden kann, ohne daß wesentliche Lohnsteigerungen die Folge davon wären. Solche Lohnsteigerungen aber müssen unter allen Umständen vermieden werden, da sie nur weitere Erhöhungen anderer Bedarfsartikel nach sich ziehen würden. Deshalb verlangen wir, daß die Differenz zwischen dem deutschen Inlandspreis und dem ausländischen Preis vom Reich übernommen und dem ausländischen Preis vom Reich übernommen wird. Nebenbei amtlicher Stellen dürfen diese Regelung nicht verhindern. Dies ist der einzige Ausweg, der ohne Erhöhung der öffentlichen Verantwortung der Lebensmittel und ohne Gefährdung der Grundbesitze unserer Industriellen Erzeugung die ausreichende Ernährung unserer Bevölkerung ermöglicht. Bei den jetzigen Verhältnissen muß es die dringende Aufgabe sein, alles zu tun, um die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter zu sichern und eine weitere erhebliche Verschärfung des Gesundheitszustandes zu verhindern. Das ist aber nur möglich, wenn die Lebensmittelration sofort erhöht wird und auch die ausländischen Waren zum Inlandspreis abgegeben werden.

### Die Tagesordnung des zweiten Reichkongresses.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gibt bekannt:

Die vorläufige Tagesordnung des zweiten deutschen Reichkongresses lautet:

1. Bericht des Zentralrates, Referent M. Reiser.
2. Der Aufbau Deutschlands und das Reichssystem, Referent Max Cohen.
3. Die Sozialisierung des Wirtschaftsbau, Referent Max Reuter.
4. Neuwahl des Zentralrates.

Alle den Reichskongress betreffenden Anfragen sind an die Kongresskommission des Zentralrates, Berlin, Dorotheenstraße, zu richten; Richtlinien für die Wahlen und über die Wahlkreisabteilung sind oben bereitgestellt.

Die vom Zentralrat ausgeschriebene Neuwahl der Arbeiterräte betrifft nicht die kommunalen Arbeiterräte, sondern nur die Betriebsarbeiterräte.

Falls die bestehenden Betriebsarbeiterräte nach dem vom Zentralrat am 1. März herausgegebenen Richtlinien gewählt sind, bedarf es auch in diesem Falle keiner Neuwahl. Ueber ept. Neuwahl der Betriebsarbeiterräte erteilt Auskunft der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin in Berlin, In den Posten 23.

### Das österreichische Regierungsprogramm.

Wien, 15. März. Die Nationalversammlung wählte gemäß dem Vorschlag des Hauptausschusses die Staatsregierung, deren Liste bereits gemeldet wurde, mit 99 Stimmen. Die Mitglieder der österreichischen Vereinigung enthielten sich der Stimmabgabe.

Staatskanzler Renner entwickelte sodann das Programm der Regierung. Die erste Sorge und wichtigste Aufgabe der Regierung werde es sein, das Selbstbestimmungsrecht auch für die Brüder in den besetzten Gebieten vor der ganzen Welt in Anspruch zu nehmen. Wenn wir uns begnügen, fuhr er fort, die Besetzung der besetzten Gebiete durch den Reichsbesatz wiederzuerlangen, denken wir dabei ausschließlich an die höchsten Kraft des Rechts und nicht an das Mittel der Gewalt. Unsere Außenpolitik soll ganz in demselben Geiste, von dem sie bisher geleitet war, fortgeführt werden. Im Geiste der Föderation, der die Völkervereinigung des Weltfriedens zugehen liegt. Unsere Außenpolitik wird künftig einen einzigen Zielern folgen, der Wiedererreichung mit unserm Vorkriegsstande. Die Regierung wird die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich, die von der provisorischen Regierung eingeleitet wurden, mit vollem Nachdruck fortführen und sie so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen suchen.

Besonders der inneren Politik verweist der Staatskanzler darauf, daß die Regierung nicht als Obsequen erdienen,







